

- 1 Ministerium des Innern und für Sport Rheinland Pfalz: 10 Jahre Partnerschaft mit Ruanda. Mainz 1992.
- 2 Vgl. dazu die Beiträge von Hartmann, Wolff und Andersen, in: Uwe Andersen (Hg.): Entwicklungspolitik. Standortbestimmung, Kritik und Perspektiven. Schwalbach 2012.
- 3 Richard F. Behrendt: Soziale Strategie für Entwicklungsländer. Frankfurt/Main 1965. Dazu Katja Windisch: Gestalten sozialen Wandels. Die Entwicklungssoziologie Richard F. Behrendts. Bern 2005.
- 4 The World Bank: Voices of the Poor. 3 vols. Washington 2000.
- 5 Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz: Ruanda-Revue 2 (2009) S. 5–7.

**„Kein Land der Welt wird in der Lage sein,
die Grundlagen einer globalen Ordnungspolitik
zur verantwortlichen Gestaltung des laufenden
Globalisierungsprozesses alleine durchzusetzen.“
(Bernhard Vogel)**

Gerhard Wahlers

Globalisierung ist ein Begriff, der es in den letzten Jahrzehnten zu einer ungeheuren Bedeutung gebracht hat. Globalisierung ist ein „Megatrend“, laut Duden handelt es sich um „eine länderübergreifende Verflechtung in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Kultur“.

Der Begriff wurde 1982 von dem US-amerikanischen Trendforscher John Naisbitt in seinem Buch „Megatrends“ beschrieben und dadurch weithin bekannt. Inzwischen gibt es Atlanten der Globalisierung (z. B. bei Le Monde diplomatique, Paris 2009), und kaum ein Vortrag, der sich mit wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Fragen befasst, kommt heute noch ohne diesen Begriff aus. Dabei war er noch vor 30 Jahren fast unbekannt.

In diesem Begriff drückt sich auch aus, dass wir heute viele Entwicklungen anders interpretieren als noch in der Mitte des letzten Jahrhunderts: Wir sehen zunehmend Prozesse statt Strukturen, wir nehmen Veränderungen in vielfältig verbundenen und weltweiten Zusammenhängen wahr, wir denken „vernetzt“. Dass man diese weltweiten, sich beschleunigenden Prozesse – und Abhängigkeiten – heute anders wahrnimmt und interpretiert als früher, hat unser Leben keinesfalls einfacher gemacht, im Gegenteil. Die „Komplexität“ hat zugenommen – ein weiterer Mega-Begriff, der gerne mit der Globalisierung in einen Zusammenhang gebracht wird.

Auch wenn so in den vergangenen Jahren der Blick auf die Globalisierungsprozesse geschärft wurde, war damit nicht zwingend auch mehr „Durchblick“ die Folge. Viel eher ist eine Unübersichtlichkeit entstanden, die vielen Menschen Unbehagen bereitet, ja: Angst machen kann. Die Globalisierung erfordert ständig neue Positionsbestimmungen in einem sich fortlaufend verändernden Koordinatensystem, der eigene Standort muss immer wieder neu bestimmt werden. Das fällt uns naturgemäß nicht unbedingt leicht.

Die eigene Position lässt sich immer dann bestimmen, wenn man bestimmte Bezugspunkte hat. Bei den frühen Seefahrern waren das die Gestirne und Leuchttürme, heute haben Schiffe und Autos ein Global Positioning System (GPS) an Bord. Dabei kann man sich auf ein festes Koordinatensystem verlassen: Nord bleibt Nord, und Süd bleibt Süd. Über die einzuschlagende Richtung unterrichtet

uns die freundliche Stimme unseres Auto-Piloten, der seine Instruktionen von die Erde umkreisenden Satelliten empfängt. Die gesellschaftliche, die wirtschaftliche, die politische Positionierung ist heute dafür ungleich schwieriger. Dafür sorgt auch die Globalisierung.

Früher, als die Welt noch nicht ganz so global und so komplex war, haben wir es etwas leichter gehabt. Nehmen wir einmal die Wirtschaft: Sie produzierte in einem Land (daher auch: „Nationalökonomie“), unter einem bestimmten rechtlichen und ordnungspolitischen Rahmen, die Zahlungen erfolgten in der Landeswährung. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung konnte die wirtschaftlichen Leistungen leicht berechnen, dafür gab es schließlich wohldefinierte Parameter. Heute gibt es eine „Nationalökonomie“ in diesem Sinne nicht mehr: Wirtschaftliche Grenzen zwischen Ländern sind inzwischen oft nur noch andeutungsweise zu erkennen, und Finanztransaktionen folgen überhaupt keinen nationalstaatlichen Regeln und Ordnungen mehr.

Die Regeln, denen sie heute folgen, sind zunehmend jene aus der Welt der Technik und der Mathematik: Wer am schnellsten kaufen und verkaufen kann, hat gewonnen, Geschäftsvorgänge werden in Millisekunden abgewickelt. Auf höchstmögliche Schnelligkeit hin optimierte Algorithmen entscheiden in den Rechenzentren der Börsen so über Gewinn und über Verlust. Sie sind für die Kurse an den Finanzmärkten verantwortlich, und sie führen auch immer stärker zu spürbaren Auswirkungen auf die Realwirtschaft.

Wir alle empfinden ein Unbehagen dabei, weil wir erkennen, dass uns die Gestaltungsmacht in diesem Prozess zu entgleiten droht. Dabei haben wir in den vergangenen Jahrzehnten doch eine höchst erfolgreiche Ordnungspolitik entwickelt, die wir als Soziale Marktwirtschaft bezeichnen. Dieses Ordnungsmodell hat Anerkennung weit über die Grenzen Deutschlands hinaus gefunden, es gilt inzwischen bei vielen unseren europäischen Nachbarn als nachahmenswert. Selbst über die aktuellen finanz- und realwirtschaftlichen Turbulenzen sind wir vergleichsweise gut hinweggekommen. Eigentlich ein guter Grund, darauf stolz zu sein.

Dieses Ordnungsmodell diente uns lange und sehr erfolgreich bei der Bestimmung unserer Position, es führte innerhalb eines stabilen Koordinatensystems zu Beschäftigung, Wohlstand und zu sozialem Ausgleich. Die entscheidende Frage ist jetzt, ob es auch für eine Positionsbestimmung in einem sich durch die Globalisierung auch weiter ständig verändernden Koordinatensystem taugen kann. Diese Frage bejahen wir im Grundsatz, sehen aber auch, dass wir es heute nicht nur mit anderen Geschwindigkeiten zu tun haben, sondern auch noch mit Herausforderungen von ganz anderer Qualität.

Nehmen wir einmal den weltweiten demographischen Wandel: Ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, mit einer Bevölkerung von rund 80 Millionen, spielt in einem weltweiten Zusammenhang zahlenmäßig nur eine verschwindende Rolle: Gerade einmal 1,1 Prozent der Weltbevölkerung sind Deutsche,

mit abnehmender Tendenz. Auch wenn Deutschland weltweit ein gutes Ansehen genießt, und selbst wenn unsere Argumente auch sehr gut sind: Ein Handicap besteht hier schon rein größenordnungsmäßig.

Und es gibt natürlich ein zweites Handicap. Was bei uns funktioniert, muss nicht notwendigerweise auch anderswo genauso funktionieren, dafür sind die Kulturen, die Wirtschaften, die Menschen einfach zu unterschiedlich. Wenn es uns gelänge, eine Anpassung in einer Art und Weise zu lösen, in der ein unabdingbares ordnungspolitisches Grundmuster so formuliert werden kann, dass es auch unter anderen Umständen und in Zeiten der fortschreitenden Globalisierung an anderen Orten anwendbar wäre und in der Summe immer noch unter dem Signum „Soziale Marktwirtschaft“ firmieren könnte, dann wäre der zweite Schritt getan. Diese Aufgabe ist schwierig, aber daran kann man arbeiten.

Bleibt immer noch der demographische Faktor. Hier stehen wir als kleines, wenn auch in einigen Bereichen durchaus vorbildhaftes Land alleine auf völlig verlorenem Posten. Auch wenn man uns weltweit schätzt, etwa für unseren umwelt- und energiepolitischen Mut und für unsere Innovationskraft – unsere weltpolitische Bedeutung ist angesichts der sich abspielenden Globalisierungsprozesse und der davon bewirkten Machtverlagerungen inzwischen doch marginal geworden.

Zwei Folgen ergeben sich daraus für uns: Zum einen müssen wir weiter durch innovative und einfallsreiche, gleichwohl qualitätsvolle Angebote überzeugen. Das gilt gerade auch für die Weiterentwicklung, die Anpassung und die Vertiefung unserer ordnungspolitischen Vorstellungen wie für die Präsentation derselben.

Die andere Folge beruht auch auf der realistischen Wahrnehmung der oben beschriebenen Entwicklungen: Wir benötigen mehr denn je Verbündete, um unsere ordnungspolitischen Vorstellungen auch in Zukunft in unserem Land, dann aber auch in Europa und in den weltweiten Globalisierungsprozess gestaltend einbringen zu können.

Realistischerweise können wir die Verbündeten, die wir dafür benötigen, am ehesten in Europa finden. Doch zeigt sich Europa nicht immer stärker auch als ein Raum durchaus heterogener Interessen: Werden unsere ordnungspolitischen Vorstellungen denn wirklich von unseren wichtigsten Verbündeten geteilt? Diese Frage hätte man noch vor wenigen Jahren uneingeschränkt mit einem festen „Ja“ beantworten können, heute kommen Zweifel auf. Angesichts der Auswirkungen der aktuellen Krisen auf den Finanzmärkten nehmen auch hier die Unsicherheiten zu, in einigen Ländern beobachten wir doch recht unterschiedliche Ansichten zur Frage, wie man den Auswirkungen der Krisen am besten begegnen sollte. Nicht immer entsprechen diese Ansichten der „reinen ordnungspolitischen Lehre“.

Dennoch ist es wichtig zu betonen, dass uns Europäer viel mehr einigt, als uns trennt. Wir teilen viele ähnliche Werte und Normen, etwa in Bezug auf

die Rolle des Staates, aber auch in sozialpolitischer Hinsicht, etwa in Bezug auf die Regelung der Arbeitszeiten, den Schutz der Angestellten, die Rolle der Gewerkschaften. Heute geht es auch für uns alle darum, diese Errungenschaften in einer globalisierten Welt zu verteidigen. Aus diesem Grund ist es so wichtig, ordnungspolitisch noch näher zu rücken und zusammen zu halten.

Auch wenn wir es momentan vielleicht noch gar nicht richtig wahrnehmen: Wir stehen an einem entscheidenden, einem historischen Wendepunkt. In den nächsten Jahren wird es sich entscheiden, wie es mit Europa weitergeht, wie Politik und (Finanz-)Wirtschaft miteinander auskommen werden, welche Rolle die Umwelt bei alledem spielen wird. Dass diese Fragen jetzt alle fast gleichzeitig und mit so nicht erwarteter Intensität auftreten, ist auch eine Folge der Globalisierung.

Dass wir in diesem Prozess der Verdichtung, der Verstärkung und der Vernetzung auch in Zukunft zurechtkommen, ist nicht nur eine Frage des „reinen“ Überlebens, sondern auch eine Frage des „rechten Überlebens“, also auch der richtigen Ordnungspolitik. Hier haben wir, hat unser Land nicht nur viel Erfahrung, sondern auch viel Veränderungsbereitschaft und Gestaltungswillen zu bieten. Nicht zuletzt deshalb blickt auch die Welt mit großem Interesse auf Deutschland.

Nehmen wir als Beispiel die Energiewende. Weltweit sehen wir ein großes Interesse daran, freilich auch Skepsis. Einig ist man sich aber, dass – wenn es überhaupt jemand schaffen wird, mit einer derart anspruchsvollen Herausforderung zurechtkommen – es dann die Deutschen sind.

Man traut uns in der Welt einiges zu, aber „alleine durchsetzen“ können wir es nicht: Gut, dass es Europa gibt. Aber wird das Europa von gestern dann auch noch das Europa von morgen sein? Die Zweifel daran nehmen zu. Europa, in einer polyphonen Unübersichtlichkeit, könnte bald, selbst wenn man die Zahl aller Europäer zusammenzählt, kein weltpolitischer Akteur mehr sein. Es sei denn, man fände eine neue, an die Entwicklung angepasste Form, innerhalb derer nicht nur ein ordnungspolitischer Grundkonsens besteht, sondern vor allem: die mit einer Stimme sprechen kann.

Dass dies weitreichende Auswirkungen auf die und in den Mitgliedsländern haben wird, ist Vielen bereits klar. Ob es aber der Mehrzahl der Bürger in den Mitgliedsländern auch schon bewusst ist, ist fraglich. Hier ergeben sich weitreichende Aufgaben für die politische Bildung. Sie muss nicht nur Wissen verbreiten, sondern, viel wichtiger, sie muss versuchen, die europäische Solidarität und das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit wiederherzustellen.

Was Europa jetzt benötigt, ist nichts weniger als eine neue Idee, ein neuer Anstoß. Vielleicht ist die Zeit – mit bedingt durch die rasante Globalisierung – jetzt schon gekommen, auch über weitergehende Verantwortungsverlagerungen nachzudenken.

Hier haben uns die aktuellen Krisen endgültig unter Zugzwang gesetzt – viel Zeit bleibt uns nicht mehr. Dadurch ist die Aufgabe natürlich nicht leichter geworden,

ganz im Gegenteil. Eine Alternative dazu gibt es nicht: Der Rückzug in eine neue Nationalökonomie, in eine neue Nationalstaatlichkeit, ist angesichts des bereits Erreichten und angesichts der globalen Herausforderungen praktisch unvorstellbar.

Und hier müsste auch der Hebel ansetzen: Europa hat für alle Europäer eine so große Dividende, dass sich ein Rückzug in nationales Denken von selbst verbietet. Europa ist die bei weitem beste aller denkbaren Alternativen. Alleine: Das scheint noch längst nicht europaweit zum Allgemeinwissen zu gehören.

Wer könnte hier besser tätig werden als eine politische Stiftung? Die Vorzüge Europas herauszuarbeiten und den Bürgern bewusst zu machen, ist eine lohnenswerte Aufgabe. Die gegenwärtige Debatte um den Euro berührt selbstverständlich einen harten Kern, der Euro ist aber nicht mit Europa gleichzusetzen. Dies kommt in der gegenwärtigen Debatte zu kurz: Europa ist vor allem eine Idee, ein gesellschaftliches und politisches Jahrhundertprojekt.

Daraus kann man eine konkrete Aufgabe für eine politische Stiftung ableiten: Foren zu bieten für die Diskussion der europäischen Idee, der europäischen Zukunft. Auf solchen Foren wäre dann auch wieder stärker eine ordnungspolitische Grundsatzdebatte, die in der Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren offensichtlich etwas in den Hintergrund getreten ist, zu führen. Hier sind alle europäisch gesinnten Bürger und deren politische Repräsentanten gefordert. Gemeinsam und entschieden müssen wir dem hier und da aufkeimenden europaskeptischen Populismus entgegentreten – dies geht nur, wenn wir Antworten haben, die dann aber auch für jeden verständlich sind.

Schließlich: Gerade die europäische Jugend muss in dieser Diskussion noch weitaus stärker berücksichtigt werden, besser noch: sich einmischen. Dies zu fördern, fällt ebenfalls in den Zuständigkeitsbereich einer politischen Stiftung. Die Aus- und Fortbildung, auch die Vernetzung junger Menschen kann dieser Diskussion nur gut tun. Ohne eine stärkere Beteiligung der Jugend wird Europa keine Chance haben: Egal wie es mit dem Euro jetzt weitergeht.

Nachbemerkung: Das diesem Essay zugrunde gelegte Zitat von Bernhard Vogel („Kein Land der Welt wird in der Lage sein, die Grundlagen einer globalen Ordnungspolitik zur verantwortlichen Gestaltung des laufenden Globalisierungsprozesses alleine durchzusetzen“) stammt aus einem Vortrag in Neu Delhi, gehalten am 31. Januar 2005, also lange noch bevor die Turbulenzen auf den weltweiten Finanzmärkten sich auszuwirken begannen.

Heute, beinahe acht Jahre später, stellt sich die Notwendigkeit, Verbündete zu haben gerade bei der Fortentwicklung ordnungspolitischer Konzeptionen als noch viel wichtiger dar. Diese Notwendigkeit wird nicht mehr nur durch die Globalisierung an sich begründet, sondern durch die oben angesprochenen Turbulenzen noch erheblich verstärkt.

Die Beantwortung der Frage, was man in der Vergangenheit alles hätte anders machen können, ist jetzt nicht vorrangig. Viel wichtiger ist es zu erkennen, was jetzt von der Beantwortung abhängt – es ist die Zukunft Europas, unsere Zukunft.